

Sechzehnte Sitzung – Seizième séance

13.468

Freitag, 16. Juni 2017
Vendredi, 16 juin 2017

08.00 h

17.9001

Mitteilungen des Präsidenten**Communications du président**

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem letzten Sitzungstag, der ein kurzer Sitzungstag werden wird. Speziell begrüsse ich unseren Kollegen Claudio Zanetti und gratuliere ihm zu seinem heutigen 50. Geburtstag – alles Gute! (*Beifall*)

13.463

Parlamentarische Initiative**Rickli Natalie Simone.****Verwahrung bei rückfälligen Tätern****Initiative parlementaire****Rickli Natalie Simone.****Interner les criminels récidivistes***Frist – Délai*Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Frist – Délai)

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, die Frist für die Umsetzung der Initiative um zwei Jahre, das heisst bis zur Sommersession 2019, zu verlängern.

*Die Behandlungsfrist des Geschäftes wird verlängert
Le délai de traitement de l'objet est prorogé*

**Parlamentarische Initiative
grünliberale Fraktion.
Ehe für alle**

**Initiative parlementaire
groupe vert'libéral.
Mariage civil pour tous**

*Frist – Délai*Nationalrat/Conseil national 16.06.17 (Frist – Délai)*Antrag der Mehrheit*

Die Behandlungsfrist um zwei Jahre verlängern

Antrag der Minderheit

(Nidegger, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)
Die Initiative abschreiben

Proposition de la majorité

Prolonger le délai de traitement de deux ans

Proposition de la minorité

(Nidegger, Geissbühler, Reimann Lukas, Rickli Natalie, Schwander, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)
Classer l'initiative

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Flach Beat (GL, AG), für die Kommission: Die Kommissionen für Rechtsfragen des Nationalrates und des Ständerates haben der parlamentarischen Initiative der grünliberale Fraktion 13.468, "Ehe für alle", Folge gegeben. Die parlamentarische Initiative verlangt eine Anpassung der Bundesverfassung. Konkret soll darin verankert werden, dass allen gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaften unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung das Institut der Ehe offensteht – ein Liebespaar soll heiraten können. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat nach der Zustimmung ihrer Schwesterkommission des Ständerates die Arbeiten für die Umsetzung der Initiative aufgenommen und eine erste Aussprache über das weitere Vorgehen bei der Ausarbeitung einer Vorlage durchgeführt. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass es sinnvoll ist, dafür auch die Möglichkeit einer Umsetzung auf Gesetzesstufe aufzuzeigen. Die Kommission hat der Verwaltung deshalb den Auftrag erteilt, vertiefte Abklärungen über die möglichen Auswirkungen einer Ehe für alle in den verschiedenen Rechtsbereichen zu treffen. Namentlich sind die Auswirkungen auf das Steuer- und Sozialversicherungsrecht, auf das Adoptionsrecht und auf die Fortpflanzungsmedizin darzulegen. Dem Antrag zu diesen Zusatzabklärungen ist Ihre Kommission mit 16 zu 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen gefolgt. Gestützt darauf wird die Kommission zu einem späteren Zeitpunkt über die nächsten Arbeitsschritte befinden.

Um diesen Prozess fundiert durchführen zu können, beantragt die Kommission dem Nationalrat eine Fristverlängerung zur Behandlung der parlamentarischen Initiative "Ehe für alle" um weitere zwei Jahre. Eine Minderheit verlangt hingegen die Abschreibung der parlamentarischen Initiative.

Namens der Mehrheit der Kommission bitte ich Sie, dieser Fristverlängerung um zwei Jahre zuzustimmen. Die Kommission hat der Fristverlängerung mit 15 zu 8 Stimmen zugestimmt.

Mazzone Lisa (G, GE), pour la commission: La Commission des affaires juridiques vous propose de prolonger le délai d'examen de l'initiative parlementaire 13.468, "Mariage ci-